

Gedanken zum 60. Jahrestag der einstigen Gründung der DDR (unveröffentlicht)

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.

Bertolt Brecht

Geleitet von der Überzeugung, die Zukunft sei in der Gegenwart zu erkennen – “so wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben” -, traten 17 Millionen Deutsche auf dem Territorium der nun als Neue Bundesländer bezeichneten Gebiete nach dem Krieg an, ihr zerstörtes Land aufzubauen. Dabei waren es vor allem überlebende Kommunisten, die den Menschen die Augen öffneten, wer für den Tod von mehr als 55 Millionen Menschen, das Inferno der Zerstörung, den Verlust der Heimat und das unendliche Leid verantwortlich zu machen war. Zweimal hatte die führende Elite der deutschen Bourgeoisie im 20. Jh. die Nation sowie weite Teile der Welt durch Verantwortungslosigkeit und Mißbrauch von privatem Eigentum an Produktionsmitteln in die Katastrophe geführt. Bar jeglicher Moral wurde der Faschismus, eine von Anfang an verbrecherische Bewegung (“Mein Kampf” 1923), gefördert und mittels demokratischer Wahlen zur Regierung erhoben, um basisdemokratische Volksfrontbewegungen zu zerschlagen und großmacht-chauvinistische Ziele im Interesse von Profit und Machtzuwachs durchzusetzen. Es war nach dem Zusammenbruch eine logische Konsequenz, der seit alther etablierten politischen Klasse den Führungsanspruch abzusprechen, und daher das legitime Recht und nicht von vornherein Unrecht, einen alternativen Ansatz zur Gestaltung der Gesellschaft auf nichtkapitalistischer Grundlage zu starten. Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, nachdem mit dem Grundgesetz am 8. Mai 1949 die Staatsgründung der BRD bereits vollzogen worden war - in der Rechtsnachfolge des Dritten Reiches. Die Überführung produktiver Fonds kapitalistischer Großbetriebe und Konzerne in Gemeineigentum auf dem Gebiet der DDR war kein Unrecht, sondern revolutionäres Recht, naheliegende Konsequenz aus den Lehren der Geschichte: Ungeheures Unrecht haben Millionen Menschen durch gewaltsamen Tod, Heimat- und Eigentums- verlust erlitten.

Die Anziehungskraft eines solchen Konzepts für den Aufbau einer neuen Gesellschaft war erheblich. Zahlreiche linke, häufig keineswegs kommunistische Schriftsteller wandten sich, aus dem Exil kommend, dem Ostteil Deutschlands zu: Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Johannes R. Becher, Anna Seghers, Ludwig Renn, Arnold Zweig, Heinrich Mann (er starb plötzlich), Peter Hacks ab 1955. Alfred Kantorowicz, Ernst Bloch und Hans Mayer lehrten an den Universitäten. Der Antifaschismus gehörte zu den Fundamenten der DDR. Die politischen Führungskräfte waren ausgewiesene Hitlergegner Dagegen wies die Adenauer-Regierung mehr ehemals faschistische Mandatsträger auf, als 1933 dem ersten Kabinett der Hitlerregierung angehörten.

Die DDR war kein Unrechtsstaat, wie gegenwärtig in einer ungeheuren Geschichtsfälschung weisgemacht wird und schon gar keine Diktatur, die dem dritten Reich an die Seite gestellt werden kann, sondern ein auf hohen moralisch-ethischen Grundsätzen gegründetes Gesellschaftssystem, das einzig und allein dem Wohlergehen des werktätigen Volkes verpflichtet war. Den Frieden zu sichern, Völkerverständigung herbeizuführen und insgesamt die Lehren aus der Geschichte zu begreifen und in produktives Schaffen für eine menschenwürdige Zukunft umzusetzen, waren oberstes Gebot.

Wie so oft in der Geschichte, ergaben sich auch hier zwischen dem Anspruch in den Zielen und der Wirklichkeit des Weges Widersprüche, um deren Ausgleich gerungen wurde, was aber in der Gesamtheit nicht gelang. Ständiges Bemühen, einer nichtkapitalistischen Gesellschaft auf deutschem Boden Gestalt zu geben, das Ringen um Akzeptanz (Hallstein-Doktrin) und Schaffung auch der ökonomischen Voraussetzungen für eine Lebensqualität, die neben materiellem Wohlstand das Streben nach Bildung und moralisch-ethischen Werten einschließt und dabei zugleich die soziale Integration aller gewährleistet - das war unser Realer Sozialismus. Dieser verlor auf Grund des propagierten hochgesteckten Anspruchs, die bessere Gesellschaftsordnung aufzubauen und dabei zugleich einer durch die ökonomisch stärkere BRD vorgegebenen Bedürfnisentwicklung gegenüber zu stehen angesichts der Wirklichkeit des Alltags mit seinen

Unzulänglichkeiten und Mängeln an Glaubwürdigkeit. Eine Reihe schwerwiegender objektiv wirkender äußerer Faktoren und subjektives Versagen vor allem in der politischen Führung des Landes führten 1989/90 zu einer "Feindlichen Übernahme" und damit Preisgabe des einzigartigen Aufbruchs vom 7. Oktober 1949.

Für den wirtschaftlichen Start war die Zahlung von 98% der von Deutschland aufzubringenden Reparationen durch die Sowjetisch besetzte Zone (SBZ), der späteren DDR, ein nachhaltiger Wettbewerbsnachteil: 99,1 Mrd. DM (Berechnungsgrundlage 1953) gegenüber 2,1 Mrd. DM (1953) für die Westzonen, der späteren BRD. 78% der Produktion von 200 SAG-Betrieben flossen 1952 in Reparationsleistungen an die Sowjetunion und Polen – 14,6% des Bruttosozialprodukts der DDR. Mit dem Uranbergbau der Wismut AG erfuhren diese Zahlungen bis zum Ende der DDR eine Fortsetzung. Die BRD dagegen erhielt 1949 bereits 1,036 Mrd. DM (davon 600 Mio für Investitionen) aus dem European Recovery Program (Marshallplan), und darauf aufbauend konnte das sog. Wirtschaftswunder 1951/52 starten. Angezogen durch das "Schaufenster des Westens" gelangten bei offener Grenze bis 1961 ca. zwei Millionen überwiegend qualifizierte Fachkräfte in die BRD, die das dortige Aufblühen der Wirtschaft mit hervorbrachten, der DDR aber fehlten. Nachweislich gingen der DDR dadurch weitere 100 bis 130 Milliarden Mark verloren.

Es ist der Lebensleistung von Millionen Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen zuzuschreiben, dass die DDR trotz unvorteilhafter Randbedingungen ein hohes Industrialisierungsniveau erreichte und den 8. bis 9. Platz in Europa einnehmen konnte, wesentliche Basis für subventionierte und dadurch stabile Preise und Mieten, kostenlose gesundheitliche Betreuung, ein vorbildliches Bildungssystem und ein Kulturangebot, das sich jeder leisten konnte. Etwa eine weitere Million Menschen sind in den zwanzig Jahren seit Bestehen der deutschen Einheit aus den neuen Bundesländern in die alten aufgebrochen, bringen hier ihre in der DDR erworbene Qualifikation ein und tragen auf diese Weise ebenso wie die Werktätigen in den neuen Bundesländern zum wirtschaftlichen Ergebnis der Nation bei.

Und trotzdem reichte es nicht, die Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, soziale Sicherheit als ein hohes Gut zu verinnerlichen und die ökonomischen Voraussetzungen für Freizügigkeit und Reisefreiheit zu schaffen. Abkopplung von der Arbeitsteilung mit den technisch fortgeschrittensten westlichen Industrieländern, bedingt durch Exportschwäche, der daraus resultierender Devisenschwäche (DDR-Mark Binnenwährung) sowie Ausgrenzung vom Zugang zu technisch hochwertigen Gütern, insbesondere der Automatisierung und Informatik(COCOM), einer daraus erwachsenden Tendenz zu teuren autarken Lösungen (Mikroelektronikprogramm), bedingt auch durch große Schwankungen in den Weltmarktpreisen für Rohstoffe sowie unzureichender Dynamik bei der Gestaltung von Arbeitsflüssen in der zentral gelenkten Wirtschaft ließen die Arbeitsproduktivität von ca. 50 % um 1970 auf weniger als ein Drittel 1989 gegenüber dem Niveau der BRD absinken. Wir wußten, was das bedeutet, "Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung" (Lenin, Die große Initiative 1920) und begriffen den Ernst, der in der immer wieder erörterten Frage "Wer Wen?" zum Ausdruck kam. An der wahren Zielsetzung der Politik der BRD "die DDR muß weg" (Egon Bahr) gab es zu keiner Zeit Zweifel. Millionen Werktätige, die zu ihrem Land standen, waren nicht zuletzt auch dadurch motiviert, den wachsenden Schwierigkeiten mit erhöhten Anstrengungen, Fleiß und Arbeitselan zu begegnen. Arbeit als Lebensinhalt, nicht als Job nur für den eigenen Vorteil, sondern als Beitrag zum Gemeinwohl zu begreifen, war im Bewußtsein der meisten DDR-Bürger tief verwurzelt.

Unvorstellbar groß war daher die Verbitterung und Enttäuschung, als das Vertrauen in die Tragfähigkeit des geschaffenen Gesellschaftssystems verloren ging, die in bedeutendem Umfang vorhandenen, zum Teil aber auch veralteten Grundfonds nur noch unzureichend gewinnbringend verwertet werden konnten und sich schließlich eine Massenbewegung breit machte, dem eigenen Land den Rücken zu kehren. Wenn die innere Stabilität ökonomisch und dann auch in den Köpfen schwindet, treten die Institutionen der Macht zur Erhaltung des Systems um so deutlicher auf den Plan, und wer wollte behaupten, dass es da stets gerecht zugeht, Menschen im Spannungsfeld nicht auch Fehlentscheidungen trafen und auf diese Weise während der letzten Jahre der DDR schuldhaft mit den damals aktuellen Ereignissen verstrickt wurden: Groß war die Gefahr eines Bürgerkriegs, und umso mehr verdient das hohe Maß an Verantwortung eine Würdigung, das die Verantwortlichen der DDR getreu ihrem Auftrag im Interesse des Volkes alles daran setzten, dass eine

kampflose Abtretung der politischen Macht ohne Blutvergießen zustande kam. Es war wohl ein faires, quasi sportliches Eingeständnis, der Verlierer zu sein, als die DDR vor 20 Jahren aufhörte zu existieren.

Zum bürgerlichen Parlamentarismus bestand in der DDR vor allem auf Grund der Erfahrungen der Weimarer Republik ein distanzierendes Verhältnis: Die Verbrecherorganisation NSDAP war auf legalem Weg "ganz demokratisch" zur Macht gekommen. Dabei stellte die mit dem Einheitswahlsystem der DDR einher gehende Preisgabe von Tugenden des Parlamentarismus, z. B. die öffentliche Argumentation und Gegenargumentation, zweifellos eine Verarmung der politischen Kultur dar. Die Möglichkeiten, sich in Entscheidungsfragen einzutakten, waren für Radio und Fernsehen der BRD, die in der DDR täglich in Millionen Haushalten empfangen wurden, beträchtlich und die Tendenz, in der Diskussionsphase unter sich zu bleiben, bis zu einem gewissen Grad verständlich. Warum wurde aber darauf verzichtet, zu einem in den etablierten Führungsetagen erarbeiteten Gesetzesentwurf unabhängig ein alternatives Konzept ausarbeiten zu lassen, den Zweifel im Sinne der Dialektik zuzulassen, um in streitbarer Auseinandersetzung die beste Lösung herauszufinden und nicht im Anspruch des Wahrheitsmonopols einer Denkrichtung zu verharren? Die Rechenschaftslegung auf allen Ebenen der Volksvertretung war im politischen Leben der DDR stärker verankert als im geeinten Deutschland, wo der Abgeordnete von einer Partei für eine Wählerliste nominiert wird, im Fall seiner Wahl aber weder dem Wähler noch seiner Partei Rede und Antwort stehen muß; denn er ist ja, wie es heißt, nur seinem sprichwörtlich dehnbaren Gewissen gegenüber verantwortlich.

Der Föderalismus mit der Möglichkeit, Verantwortung zu teilen und näher an der Basis zu verankern, um schließlich mehr Eigenverantwortung aufkommen zu lassen, wurde in der DDR sicher unterbewertet. Dabei hätte das Gesellschaftssystem durch den Einbau von föderalen Strukturen und dadurch Lockerung der in der zentralen Planung und Leitung vorgegebenen Weisungslinien gewiß eine innere Stabilisierung erfahren. Derartige Möglichkeiten wurden verschenkt. Ebenso blieb die Toleranz gegenüber Andersdenkenden als ein in Kämpfen der Geschichte errungenes Kulturgut auf dem Hintergrund des Wahrheitsmonopols der führenden Partei insofern auf der Strecke als die Loyalität oftmals nicht hinreichend geprüft wurde. Der Toleranz ohne geforderte Loyalität sind wohl in jedem Gesellschaftssystem Grenzen gesetzt. In der BRD gab es bei linken Überzeugungen aus Gesinnungsgründen Berufsverbote und Knüppelattacken auf Demonstranten. Angesichts der Hasstiraden von außerhalb der DDR, war die Maßregelung eines Rolf Biermann 1976 wohl nicht ganz abwegig. Sie wurde in der Breite bis in intellektuelle Kreise hinein (Peter Hacks) akzeptiert. Kleinlich war dagegen vielfach die Reaktion bei Wehrdienstverweigerung oder bei Wahlen, quasi Wahlzwang auszuüben, ohne dass dazu eine gesetzliche Grundlage bestand, die Benutzung der Wahlkabine als Mißtrauen aufzufassen oder beim Auszählen der Stimmen möglichst viele Ja-Stimmen zu interpretieren. Die innere Zerrissenheit, da hineingestellt zu sein, war enorm und wohl besteht Anlass, sich bei denjenigen zu entschuldigen, die gemäßregelt wurden, wobei man sich selbst nicht genug schützend vor sie stellte.

In der Tat, die Konfrontation der beiden sich waffenstarr gegenüber stehenden Systeme griff massenhaft bis in die persönliche Erlebnissphäre der Menschen ein. Umso höher ist die Lösung des Konflikts als ein hohes Gut zu begreifen. Es gab grundverschiedene Konzepte, die Lösung von 1945 "Nie wieder Krieg" in gesellschaftliche Realität umzusetzen, eine davon war die Variante einer nichtkapitalistischen Entwicklung. Die auf diesem Weg erschlossenen Werte wie die soziale Integration aller – es gab in der DDR keine Straßenkinder und Obdachlosen - und die Unterbindung von kriegerischem Mißbrauch privaten Eigentums verdienen weiterhin Beachtung und nicht Verteufelung. Auf Grund äußerer und innerer Umstände wurde vor 20 Jahren dieser nichtkapitalistische Weg aufgegeben und damit der Gestaltung eines Vereinigten Europa Raum gegeben, in dem die Völker ohne Krieg und in sozialer Harmonie zusammenleben können. Die Akteure stehen in der Pflicht, hohe moralisch-ethische Grundsätze zur Grundlage ihres Handelns zu machen und stets den leidvollen Weg im Blick zu haben, aus dem wir kommen, damit diese Chance nicht verspielt wird.